Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Beschlossene Anträge

„Dort kämpfen wo das Leben ist: 100 Jahre Frauenwahlrecht!“

Plakat der Frauenbewegung. Quelle: Wikimedia/Karl Maria Stadler, gemeinfrei

Samstag, 14. April 2018
Jugendherberge Korbach
und Sonntag, 15. April 2018
Bürgerhaus Korbach

Jusos HESSEN-NORD

L Leitantrag

L 1	Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen- Für eine Sozialdemokratie, die Wort hält.	Bezirksvorstand

IR Innenpolitik, Recht und Digitales

IR 1	Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreisbremse	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
IR 2	Wahlrecht für Migrant*innen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
IR 3	(K)ein Knall an Silvester	Unterbezirk Kassel-Stadt
IR 4	Behördengänge digital erledigen	Unterbezirk Kassel-Land
IR 5	Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität	Bezirksvorstand

B Bildung

B 1	Flickenteppich bei digitaler Bildung beseitigen	Unterbezirk Schwalm-Eder
B 2	Finanzbildung für alle	Unterbezirk Schwalm-Eder

S Soziales

S1+S2	Zusammenfassung S1 und S2	Unterbezirke Schwalm-Eder und Marburg-Biedenkopf

U Umwelt, Tiere und Ernährung

U 1	Pflanzliche Ernährung unterstützen	Unterbezirk Kassel-Stadt
U 2	Nein zum Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen	Unterbezirk Kassel-Stadt
U 3	Lebensmittelverschwendung ernsthaft bekämpfen	Unterbezirk Kassel-Stadt
U 4	Keine (Wild)-tiere im Zirkus	Unterbezirk Kassel-Stadt
U 5	Saatgut ist Kulturgut – ein überlebens-notwendiges Erbe in Gefahr	Unterbezirk Kassel-Land
U 6	Mikroplastik	Bezirksvorstand

O Organisation und Satzung

O 2	Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis	Bezirksvorstand
O 3	Diskussionsforen auf SPD-Landesebene	Bezirksvorstand

I Initiativanträge

I 1	Resolution: Solidarität mit der feministischen Revolution – Von Rojava lernen!	Bezirksvorstand, ausreichende Anzahl an Delegierten
I 2	Fachkräftemangel? Arbeitsbedingungen verbessern!	ausreichende Anzahl an Delegierten

Überwiesene Anträge

S3	Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte-Situation der Pfleger*innen verbessern	Unterbezirk Kassel-Stadt **Überwiesen an den Bezirksvorstand**

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	L1 Neufassung
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – Für eine Sozialdemokratie, die Wort hält

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

I. Inhaltliche Erneuerung der Partei

1. *Eine Vision für Europa*

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs erlebt der europäische Kontinent eine nie dagewesene Phase des Friedens und der Freundschaft zwischen den Nationen. Aus Feind*innen sind Partner*innen geworden. Der Hauptgrund dafür ist die Europäische Union (EU), die seit ihren Anfängen als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der gemeinsamen Verfolgung wirtschaftlicher Ziele über die Jahrzehnte hinweg zu einer Werteunion gewachsen ist. Wohlstand und Frieden in den Ländern, die der EU angehören konnten wachsen, da man nationale Egoismen über Bord warf, um als Gemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Mittlerweile erleben wir eine Phase in der EU-Geschichte, in der in allen Mitgliedsstaaten für überwunden geglaubte Kräfte vermehrt an Auftrieb gewinnen. Die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich, die PiS in Polen, der Fidesz in Ungarn oder die Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden: Überall gewinnen Parteien an Zuspruch, die aufgrund ihrer Forderungen und ihrer Rhetorik mal als rechtspopulistisch, mal als rechtsextrem bezeichnet werden. Gleich ist ihnen vor allem, dass sie ein Europa wollen, dass wieder mehr in nationalen Grenzen denkt und die Zusammenarbeit untereinander beschränkt.

Diesem nationalistischen und rückwärtsgewandten Politikentwurf muss die SPD die Idee der Vereinigten Staaten von Europa entgegensetzen. Unsere Lösung für die Krise der EU darf nicht weniger, sondern muss mehr Europa sein. Hierzu fordern wir die SPD auf die Einführung einer europäischen Sozialpolitik und eine grundsätzliche Umkehr in der europäischen Wirtschaftspolitik zu forcieren – vom neoliberalen Glauben an den Markt hin zu einer an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Ungleichheiten in Europa aktiv bekämpft. Es muss Schluss sein mit der sogenannten Austeritätspolitik, die durch Privatisierungen und die Einschränkung von Arbeitnehmer*innenrechten zu einer Prekarisierung des Arbeitsmarkts in den betroffenen Ländern geführt hat.

Ein Europa, das schützt und Solidarität bietet, muss breiter ansetzen als mit undeutlich formulierten Plänen für Mindestlöhne, Grundsicherung oder Vermeidung von Steuerflucht. Notwendig ist eine konkrete Umsetzung sozialer Rechte durch ein Verfahren zur Vermeidung sozialer Ungleichgewichte in der EU, ein massives Investitionsprogramm für Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Steuerharmonisierung, der breit angelegte Kampf gegen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit durch einen umfassenden europäischen Jugendplan und nach Wirtschaftsleistung gestaffelte gemeinsame Standards in einem europäischen Sozialpakt.

Sollen sich die Bürger*innen der EU mit ihr identifizieren, muss die Zukunft der EU auf einem besseren Dialog zwischen den Institutionen und den Bürger*innen und einer demokratischen Kontrolle durch die Menschen beruhen. Die gegenwärtige Einrichtung der EU bleibt aber hinter demokratischen Grundsätzen zurück. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir die SPD dazu auf mittelfristig auf einen neuen Verfassungsgebungsprozess hinzuwirken, durch den die EU zu einem Staatenbund mit tatsächlicher Gewaltenteilung weiterentwickelt wird, welche das Parlament zur starken Legislative macht, die Kommission zur Exekutive ausgestaltet und den Rat zu einer zweiten Gesetzgebungskammer der Regionen umbaut. Indem wir Projekte wie das Erasmus-Plus-Programm ausbauen, die einen Vorläufer einer EU-Bürger*innenschaft darstellen können, machen wir die Verständigung, die ein fortschrittliches Europa ausmacht, für mehr Menschen erlebbar. Gleichzeitig müssen Entscheidungsprozesse inklusiver und transparenter gestaltet werden, sodass Europa einen Ort darstellt, an dem die eignen Rechte verstärkt und ausgebaut werden.

Nur durch Solidarität und politischen Willen zur Zusammenarbeit lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit, wie zum Beispiel die Migrationsgesellschaft, meistern. Deshalb fordern wir die SPD dazu auf sich für eine Neuordnung der Asyl- und Migrationspolitik einzusetzen, die die Verantwortung Europas ernstnimmt, Menschen auf der Flucht eine sichere Heimat zu bieten. Es bedarf verbindlicher Standards der Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung in Bildungssysteme, Arbeitsmärkte und die Aufnahmegesellschaft. Gleichzeitig müssen legale und sichere Fluchtwege geschaffen, ein gemeinsamer europäischer Schutzraum für Asylsuchende gebildet und der Familiennachzug unmittelbar ermöglicht werden. Die EU als Fortschrittsprojekt muss sich gegen reaktionäre Tendenzen zur Wehr setzen und das Instrument der Sanktionsmechanismen ausweiten, um Staaten, die das Rechtsstaatsprinzip oder Menschenrechte außer Kraft setzen wollen und Rassist*innen und Nationalist*innen hofieren, in die Schranken zu weisen.
Wir setzen uns für eine Welt ein, in der alle Menschen sicher und frei leben können. Daher fordern wir die drastische Reduzierung aller Rüstungsexporte und den sofortigen Stopp von Exporten in Staaten, die völkerrechtswidrige Angriffskriege führen.
Darüber hinaus setzen wir uns für weltweite Abrüstung ein und fordern ein Ende im atomaren Wettrüsten.

2. *Die Zukunft der Arbeit gestalten*

Die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens basiert auf dem Konsens, dass Erwerbsarbeit notwendig ist, um Güter zu erwirtschaften, die wir für unser alltägliches Leben benötigen. Ein Wandel der Arbeitswelt bedeutet daher auch grundlegende Veränderungen in der Art und Weise wie wir unsere Gesellschaft betrachten. Neue Technologien und insbesondere die Digitalisierung spielen in diesem Zusammenhang eine übergeordnete Rolle und erweitern die Möglichkeiten, die sich uns heute bieten, stellen uns aber auch vor neue Herausforderungen. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der steigende Druck auf die Beschäftigten, der dadurch hervorgerufen wird, dass die Unternehmensleitungen durch Ausweitung der Arbeitszeiten, ständige Überwachung, prekäre Beschäftigungsmodelle und vieles mehr die individuellen und kollektiven Belange der Beschäftigten ihrem Profitinteresse unterzuordnen versuchen.
Ebenfalls müssen die Auswirkungen neuer Entwicklungen in den Bereichen der künstlichen Intelligenz hinsichtlich ihrer potenziellen Folgen auf klassische Märkte beleuchtet werden. Hierbei sind zum einen negative Auswirkungen, wie die bereits angesprochenen Arbeitsplatzbedrohungen und zum anderen positive Auswirkungen, wie das Entstehen neuer Arbeitsbereiche und mögliche Fortschritte in der Wissenschaft, zu beachten. Auch die Potenziale und Gefahren von Big Data auf Finanzmärkte sind näher zu erläutern und insgesamt gesehen, sind eventuelle politische Forderungen, wie die Besteuerung automatisierter Produktionsschritte, zu formulieren.

Eine Antwort auf diese Entwicklung kann und darf nicht sein, den digitalen Fortschritt im Bereich der Arbeit aufhalten zu wollen. Vielmehr muss eine sich verändernde Arbeitswelt dergestalt durch die Sozialdemokratie beeinflusst werden, dass sie den Beschäftigten größere

Freiräume in der Gestaltung ihrer Erwerbsarbeit ermöglicht. In diesem Zusammenhang fordern wir eine Diskussion über die Möglichkeit einer allgemeinen Arbeitszeitreduzierung und der Etablierung eines bedingungslosen Grundeinkommens innerhalb der SPD sowie mit unseren Bündnispartner*innen zu führen.

Für die Umsetzung alternativer Arbeitsmodelle brauchen wir eine Demokratisierung der Arbeitswelt. Wir müssen Ideen entwickeln, mithilfe derer wir die Mitbestimmung der Beschäftigten auch auf die unternehmerischen Entscheidungen ausweiten können.

Eine hohe Priorität kommt darüber hinaus dem Ziel zu, Arbeit so zu gestalten, dass jede*r Beschäftigte von der eigenen Arbeit auskömmlich leben kann. Eine Vollzeitbeschäftigung muss so entlohnt werden, dass eine Aufstockung mithilfe von Sozialleistungen nicht notwendig ist. Wir fordern daher eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns sowie die Beseitigung sämtlicher Ausnahmen bei ebenjenem. Bessere Planungssicherheit garantiert in diesem Zusammenhang die vollständige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

Wir brauchen eine Arbeitsversicherung, die Menschen dabei unterstützt, sich ihr Leben lang weiterzubilden, und die sie auffängt, wenn sie einmal kein Beschäftigungsverhältnis haben. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Etablierung eines Rechts auf Weiterbildung, das aus den Mitteln der Arbeitsversicherung, und damit unabhängig von den finanziellen Verhältnissen des Individuums, getragen wird. Die Beschäftigten müssen in der Lage sein, ihr Beschäftigungsverhältnis mit ihrem Leben zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten müssen bedeuten, dass wir neben unserer Arbeitstätigkeit noch genügend Zeit für Familie, Freund*innen, Ehrenamt und Freizeit haben.

3. *Den Wohlstand gerecht verteilen*

Die Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft ist aus den Fugen geraten. Laut einer Studie des DIW besitzen die 45 reichsten Familien so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Wir müssen Vermögen umverteilen**.** Die bestehende und sich verschlimmernde Ungleichheit ist ungerecht und sie gefährdet den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist hier in der Pflicht und muss sich für ein gerechtes Steuersystem einsetzen: Wir fordern einen höheren Spitzensteuersatz, einhergehend mit steigenden Bemessungsgrenzen. Das Existenzminimum muss steuerfrei sein, daher ist eine Erhöhung des Grundfreibetrags notwendig. Um notwendige Umverteilung zu ermöglichen, fordern wir eine konsequente Besteuerung hoher Vermögen. Eine rechtssichere Wiedereinsetzung der Vermögensteuer kann dafür ebenso ein geeignetes Instrument sein, wie angemessene Steuern auf hohe Erbschaften bei gleichzeitig konsequentem Abbau unbegründeter Ausnahmetatbestände.

Nach dem Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes steigt die Zahl der von Armut betroffenen Personen immer weiter an. Die Einkommensarmut trifft so inzwischen rund 13 Millionen Menschen in Deutschland.

Besonders davon betroffen sind Kinder- und Jugendliche, Alleinerziehende und ältere Menschen. Auch die Situation junger Berufsanfänger*innen ist hinsichtlich des Niveaus der Einkommen im Vergleich der Kaufkraft zu vorherigen Generationen bedenklich. Dies resultiert beispielsweise darin, dass 20 Prozent der 21-30-Jährigen arm sind. Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, die Situation gerade auch von diesen Menschen zu verbessern. Denn Geld ist immer auch eine Frage von Anerkennung und Wertschätzung. Das funktioniert nur mit einem Sozialsystem, das allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Um die Sozialversicherungen zu stärken, fordern wir daher den Personenkreis der Sozialversicherungen auf alle Erwerbsformen ausweiten.

4. *Für eine freie und offene Gesellschaft*

Viele gesellschaftliche Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpft wurden, sind bedroht. Reaktionäre Bewegungen machen Stimmung gegen sexuelle Freiheiten, die reproduktive Selbstbestimmung und die Gleichstellung der Geschlechter. Law-and-order-

Rhetorik hat bei allen Parteien Einzug gehalten und die Überwachung unseres alltäglichen Lebens ist allgegenwärtig. Rassistische Übergriffe sind an der Tagesordnung und rechtsradikales und rechtspopulistisches Gedankengut wird immer gesellschaftsfähiger.

Das dürfen und wollen wir nicht hinnehmen. Wir müssen unseren Kampf für Freiheit weiterführen und neue Freiheiten erkämpfen. Wir wollen, dass Schluss ist mit Sexismus. Schluss mit der Diskriminierung von Menschen, weil sie so leben, lieben und begehren, wie sie es wollen. Und endlich Schluss mit sexualisierter Gewalt!

Unsere Politik muss sich daran messen lassen, ob konkret etwas für die Gleichstellung der Geschlechter unternommen wird. Wir fordern daher ein Gesetz, das dafür sorgt, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die bisherigen Änderungen im Sexualstrafrecht wirksam zum Tragen kommen. Reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung müssen dringend gestärkt werden. Hierfür fordern wir insbesondere die ersatzlose Streichung des Paragraph 219a StGB.

Eine offene und freie Gesellschaft bedeutet für uns auch, dass in ihr alle Menschen einen Platz finden und in Frieden leben können. Wir fordern deshalb eine eigenständige Migrationspolitik, die nicht nur auf Zuruf von Rechts reagiert. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund muss gestärkt werden.

Viele Menschen in Deutschland leisten ehren- und hauptamtlich wichtige Integrationsarbeit. Dieses Engagement erkennen wir als wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an. Staatliche Aufgaben dürfen jedoch nicht in ehrenamtliche Strukturen ausgelagert werden. Unsere Gesellschaft muss sich daran messen lassen, welche Chancen sie Menschen einräumt. Wir fordern deshalb ein modernes Einwanderungsgesetz, dass allen Menschen die Chance gibt zu uns zu kommen. Zu einer menschenwürdigen Politik für Geflüchtete gehören für uns neben vielen weiteren Maßnahmen ein offener Familiennachzug ebenso wie sichere Fluchtwege.

Dem Rassismus, der in unserer Gesellschaft Auftrieb erhält, muss konsequent begegnet werden. Menschen, die hier Schutz suchen, müssen auch konsequent geschützt werden. Rassistische Gewalt müssen wir bekämpfen und strukturellem Rassismus entgegentreten.

Wir fordern für Volljährige die Möglichkeit des legalen Konsums von Cannabisprodukten. In einer freien Gesellschaft muss jeder/jede frei für sich entscheiden dürfen, welche Rauschmittel er*sie konsumieren möchte. In der Praxis differenziert die Justiz heute schon zunehmend zwischen weichen und harten Drogen. Dies wollen wir auch gesetzlich verankert wissen. Dieses generiert ebenso die wichtige Aushöhlung des Schwarzmarktes und schafft steuerliche Mehreinnahmen. Wir empfehlen eine Orientierung an den Modellen der EU-Länder Portugal und Niederlande.

5. *Klima-, Umwelt- und Tierschutz ernst nehmen*

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Er bedroht nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in vielen Ländern.

Im Kern handelt es sich nicht allein um eine ökologische, sondern vor allem um eine Gerechtigkeitskrise, der wirkungsvoll begegnet werden muss. Bereits heute leiden Millionen von Menschen vor allem im globalen Süden unter den Auswirkungen des Klimawandels, an die sie sich nur noch schwer anpassen können.

Weltweit wird ersichtlich, dass unsere bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung an ihre ökologischen Grenzen stößt bzw. sie bereits überschritten hat. Der Living Planet Report kommt zum Schluss, dass die Menschheit bei anhaltend hohem Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2030 zwei Planeten und bis 2050 knapp drei Planeten bräuchte, um ihre Bedarfe zu decken.

Hier braucht es eine schnelle Wende.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist heute stark umkämpft. Auf der einen Seite bestreiten reaktionäre Kräfte und rechtspopulistische Parteien den Klimawandel und widersprechen damit fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ihren vermeintlich einfachen Lösungen müssen wir entschlossen entgegentreten. Auf der anderen Seite werden sich immer mehr Menschen der Endlichkeit unserer Ressourcen bewusst und versuchen, dem durch individuelles Konsumverhalten entgegenzuwirken.

Wir müssen dem Klimawandel gemeinsam entschieden entgegentreten und konkrete Maßnahmen zeitnah umsetzen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Umbau des Energiesektors von fossilen hin zu nachhaltigen und erneuerbaren Energiequellen. Aber auch ein bewusstes Konsumverhalten und Fragen nach einer nachhaltigen Gestaltung unserer Landwirtschaft, unseres Verkehrs oder unserer Stadtentwicklung müssen beantwortet werden.

Auch in der Atompolitik ist viel zu tun. Die Umsetzung des Konzeptes für den deutschen Atomausstieg ist nicht genug**.** Wir fordern deshalb ein europäisches Konzept, da nur so kann der Ausstieg nachhaltig gelingen und Versorgungssicherheit, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Umweltverträglichkeit europaweit gewährleistet werden. Gleichzeitig muss die Frage nach der Endlagerung von Atommüll endlich geklärt werden sowie die Frage nach einer Änderung der Lagerung von Atommüllfässern in der Nordsee.

Um uns wirksam mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen, brauchen wir einen gemeinsamen und bewussten Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Eine sozialökologisch ausgerichtete Veränderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen muss ein bewusstes Verhältnis zu unseren Lebensgrundlagen entwickeln und dessen soziale Dimension, das heißt ihre Auswirkungen auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse, beachten.

Über 56 Milliarden sogenannte Nutztiere werden jedes Jahr von Menschen getötet. Mehr als 3000 Tiere sterben pro Sekunde in Schlachtfabriken überall auf der Welt. Hinzu kommen Fische und andere Meerestiere. Diese kaum greifbaren Zahlen zeigen auch die Ignoranz unserer kapitalistischen und am Profit orientierten Wirtschaftsordnung auf.

Aus der massenhaften Produktion von Tieren zum Konsum durch den Menschen erwächst auch ein ökologisches Problem. Wasserknappheit, Umweltverschmutzung und der Mangel an Anbauflächen in einigen Regionen der Erde sind unter anderem Ausfluss eines inhumanen Umgangs mit nichtmenschlichen Lebewesen. „Wir müssen daher eine Diskussion über die rein pflanzliche Ernährung vorantreiben.

II. Strukturelle Erneuerung der Partei:

1. Eine neue Kommunikation der politischen Arbeit

Die SPD muss sich von dem Glauben verabschieden, dass sie durch eine Orientierung an Umfragewerten für Wähler*innen wieder attraktiv wird und stattdessen um Hegemonie kämpfen. Die letzten Jahre haben mehrfach gezeigt, dass Politikentwürfe, die alle Menschen adressieren sollen, am Ende niemanden erreichen.

Will die SPD einen gesellschaftlichen Aufbruch verkörpern, darf sie ihre Politik nicht an Demoskopie orientieren, sondern daran, was sozialdemokratisch ist. An die Stelle von Mutlosigkeit, vermeintlichen Sachzwängen und der Angst, das Falsche zu tun, muss wieder die Hoffnung treten, dass die scheinbar feststehenden Grundsätze und Rahmen des politisch möglichen revolutioniert werden können.

Wir müssen es schaffen, dass das Ziel unserer politischen Arbeit eine sozialdemokratische Vision ist, die wir in der Bevölkerung glaubwürdig vermitteln können. Versprechungen, die gemacht werden, müssen im Zuge dessen eingehalten werden. Nur so kann verlorenes

Vertrauen Schritt für Schritt zurückgewonnen werden.

2. Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms

In welche Richtung die SPD und ihr politisches Programm entwickelt werden sollen, können wir nur gemeinsam erarbeiten. Wir Jusos wollen mit diesem Papier eine breite und vor allem offene Diskussion in der Sozialdemokratie anstoßen. Was die SPD stark machen kann, ist, wenn an jedem Ort in der Partei über Inhalte und unseren sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf gestritten wird.

Dafür muss die Willensbildung in der SPD aber wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Zu oft haben wir in den letzten Jahren erlebt, dass die zentralen Richtungsentscheidungen der Partei im Präsidiumssaal oder im Büro des Parteivorsitzenden aus der Taufe gehoben und dann dem Parteitag zum Abnicken vorgelegt wurden. Auf den Bundesparteitagen wurden in aller Regel die Initiativanträge des Parteivorstandes diskutiert, zahlreichen Anträgen aus den Ortsvereinen und anderen Gliederungen wurde kaum Platz eingeräumt. So kann und so darf unsere Partei nicht länger funktionieren.

Die Ortsvereine und Gliederungen vor Ort sind die Sensoren der Sozialdemokratie in der Breite der Gesellschaft. Sie greifen die Stimmungen und Probleme der Menschen auf, setzen sich mit der politischen Situation vor Ort auseinander und müssen folglich auch im politischen Alltag unserer Partei eine größere Rolle spielen.

Deshalb fordern wir einen Diskussionsprozess, der alle Parteimitglieder und Strukturen einbezieht, gerechte Teilhabe aller ermöglicht und Raum lässt, um alte Gewissheiten und verkrustete Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Mehr Diskussionen einfordern kann man aber nur, wenn man sich auch aktiv in die Debatte einbringt, aufsteht, mitdiskutiert und Anträge stellt. Als Ergebnis eines solchen Prozesses fordern wir unter anderem ein neues Grundsatzprogramm für die Sozialdemokratie.

*3. Engere Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartner*innen*

Durch Entscheidungen der Sozialdemokratie in der Vergangenheit ist lange vorherrschendes Vertrauen unserer Bündnispartner*innen in die SPD verloren gegangen.

Wir Jusos fordern daher eine engere Zusammenarbeit mit uns und unseren Werten nahestehenden Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft. Insbesondere die Gewerkschaften befanden sich historisch stets in einem engen und wechselseitigen Vertrauensverhältnis zur Sozialdemokratie. Hier gilt es, bspw. im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen, Kontakte zu vertiefen bzw. neu aufzubauen, um gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innenvereinigungen die Gesellschaft zu gestalten.

Auch mit weiteren Bündnispartner*innen, die insbesondere die Grundwerte der Jusos – Sozialismus, Internationalismus und Feminismus – unterstützen, muss ein ständiger Dialog stattfinden. Beispielhaft sind hier, neben den bereits angesprochenen Gewerkschaften, die Falken, aber auch neue Bündnisse wie beispielsweise „Aufstehen gegen Rassismus“ zu nennen.

4. Sozialismus, Internationalismus und Feminismus in Partei und Parlament

Die Jungsozialist*innen in der SPD verstehen sich als sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband innerhalb der Sozialdemokratie. Wir sind mehr als eine reine Nachwuchsorganisation unserer Mutterpartei. Vielmehr sind wir in vielen gesellschaftlichen Fragen der Diskussionsmotor in der innerparteilichen Auseinandersetzung.

Während wir in der inhaltlichen Debatte, aber auch im Rahmen von Wahlkämpfen eine wichtige Rolle einnehmen, wird unser Verband in den geschäftsführenden Vorständen der SPD sowie in den Parlamenten unterdurchschnittlich repräsentiert. Wir fordern daher eine Juso-Quote für den Vorschlag für die Besetzung der geschäftsführenden Vorstände der Partei sowie für den

Vorschlag bei der Listenaufstellung für Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen sowie der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die jeweiligen Listenplatzierungen müssen dabei stets aussichtsreichen Plätzen entsprechen, die den Einzug in das jeweilige Parlament unter Annahme des vorangegangenen Wahlergebnisses garantieren.

Das Alter allein kann dabei weder ein Argument für unsere Forderung sein, noch sollte es von den Gegnern einer verpflichtenden Quote dazu verwendet werden, ebenjene abzulehnen. Denn das Alter eines Menschen gibt nicht automatisch Auskunft über dessen Kompetenzen.

Zur Erfüllung unserer Forderung halten wir es daher für notwendig, dass die jeweiligen Juso-Verbände die Personen nominieren, die für sie einen Platz auf dem Wahlvorschlag für den geschäftsführenden Vorstand bzw. den Wahlvorschlag für eine Wahlliste durch die Quote erhalten.

Um zu gewährleisten, dass die Auswahl der Kandidat*innen im Rahmen eines demokratischen Prozesses vollzogen wird, genügt es nicht, dass die jeweiligen Vorstände über die Vorschläge entscheiden. Vielmehr muss eine Nominierung der betreffenden Genoss*innen auf den Konferenzen der unterschiedlichen Juso-Ebenen stattfinden. Den Nominierungen müssen dabei umfangreiche Diskussionen vorausgehen. Zudem wird die Nominierung per Akklamation ausgeschlossen. Eine geheime Wahl ist obligatorisch.

Die SPD verpflichtet sich die durch die Konferenzen ausgesprochenen Nominierungen der Kandidat*innen bei den Listenaufstellungen zu berücksichtigen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Antrag
☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	IR 1
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreisbremse

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, zu prüfen ob der Verstoß gegen die Auflagen der Mietpreisbremse als Ordnungswidrigkeit gesetzlich implementierbar ist.

Begründung:
Im aktuellen Koalitionsvertrag steht, dass der Vermieter verpflichtet ist, die Vormiete auf Nachfrage offenzulegen. Fraglich ist aber wie viele davon wirklich Gebrauch machen, denn wie man sich gut vorstellen kann, steigert eine solche Nachfrage nicht wirklich die Chancen auf die Wohnung.
Und solange Menschen bereit sind den erhöhten Mietpreis zu zahlen, wird auch diese Maßnahme verpuffen. Deshalb brauchen wir einen Sanktionskatalog, der einen Verstoß gegen die Mietpreisbremse so unrentabel macht, dass sich ein Verstoß nicht mehr lohnt.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	IR 2
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Wahlrecht für Migrant*innen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD sowie die SPD Hessen setzen sich dafür ein, das Wahlrecht für in Deutschland dauerhaft lebende Migrant*innen nach drei Monaten Aufenthalt mit ständigem Wohnsitz in einer deutschen Kommune, gemäß § 30 der Hessischen Gemeindeordnung, auf kommunaler Ebene einzuführen.
Dazu soll folgender Satz in Artikel 28, Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden: „Wahlberechtigt sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Drittstaates besitzen und die ihren ständigen Wohnsitz seit mindestens 3 Monaten in einer deutschen Kommune besitzen“.
Wir wollen Menschen ermöglichen, die von der Politik beeinflusst werden, ebenfalls Politik zu beeinflussen zu können. Auch das ist eine Form der Integration und Teil der Menschenwürde, die das Grundgesetz verteidigt.

Begründung:
Das Wahlrecht für Migrant*innen auf kommunaler Ebene leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und Partizipation von Migrant*innen im öffentlichen Leben. Gleichzeitig sendet es das Signal aus, dass diese als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden.

Ein weiterer Punkt ist, dass Migrant*innen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland bereits auf kommunaler Ebene dieselben Pflichten wie Staatsangehörige haben und es somit angebracht ist, nun auch das Recht der Wahlbeteiligung zu gewähren, auch um zu vermeiden, dass das Gefühl von Bürger*innen zweiter Klasse entsteht.

Der Satz „Was alle betrifft, muss von allen gebilligt werden“ gilt auch hier. Migrant*innen sollten ebenfalls das Recht haben, ihre Repräsentanten zu wählen, welche über ihre Zukunft und ihre Pflichten entscheiden, wie das allen Staatsangehörigen auch zu steht.

15 von 28 EU-Ländern haben das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene bereits eingeführt. Deren Entscheidung basiert zum Teil auf dem „Übereinkommen über Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben“ des Europarates von 1992. Sämtliche Bedenken der Bundesrepublik über das Migrant*innenwahlrecht, wie der Werteverlust der Staatsbürgerschaft oder die Bildung von Migrant*innenparteien und der Anstieg von Einfluss anderer Staaten, sind in diesen Ländern nicht aufgetreten

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	IR 3
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundkongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundeparteitag, S&D Fraktion im europäischen Parlament
Betr.:	(K)ein Knall an Silvester

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Adressaten sollen sich für gesetzliche Regelungen einsetzen, nach denen Kommunen private Feuerwerke verbieten können. Den Kommunen soll es weiterhin freigestellt werden, städtische Feuerwerke zu veranstalten.

Begründung:
In der Silvesternacht entstehen durch die Feuerwerke deutschlandweit rund 4.000 bis 5.000t Feinstaub. Das entspricht ca. 15 Prozent der jährlich im Straßenverkehr freigesetzten Feinstaubmenge. Feinstaubpartikel sind sehr klein und können über die Atemwege in den menschlichen Körper und dort bis in die Bronchien wandern. Teilchen mit einem Durchmesser unter 2,5 Mikrometer (PM 2,5) können in die Lungenbläschen und Teilchen unter 1 Mikrometer sogar in die Blutgefäße vordringen. Das Risiko für Herzinfarkte und Krebs steigt so erheblich.
Haus- und Wildtiere werden einem erheblichen Stress ausgesetzt.
In jeder Silvesternacht kommt es zu zahlreichen Verletzungen, Bränden, Müllbergen und zu Sachbeschädigungen.
In vielen Ländern ist es völlig normal, dass nicht jeder einzeln Feuerwerke abbrennt.
In den Niederlanden wurden in 56 Städten und Gemeinden die private Böllerei verboten und durch ein städtisches Silvesterfeuerwerk ersetzt.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	IR 4
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Land
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand
Betr.:	Behördengänge digital erledigen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Es ist höchste Zeit, eine hessenweite digitale Behörde zu schaffen. Das Land Hessen soll in Zusammenarbeit mit der ekom21 KGRZ eine Online-Plattform schaffen, die in Verbindung mit dem digitalen Personalausweis genutzt werden kann. Über diese Plattform soll es dem Bürger/der Bürgerin möglich sein, online neue Ausweisdokumente zu beantragen, ein Führungszeugnis anzufordern oder gar einen Bauantrag zu stellen oder den Wohnungsumzug zu melden. In Zusammenarbeit mit zertifizierten Zustellmethoden, wie z.B. der E-POST, sollen Rückmeldungen der jeweiligen Behörde papierlos und schnell erfolgen. Die Online-Plattform soll ein zentrales Instrument werden, auf der alle im Land Hessen ansässigen Behörden auf unterer und mittlerer Ebene zusammengeführt werden. Dabei sollen auch weiterhin direkte und persönliche Ansprechmöglichkeiten erhalten bleiben. Es soll den Bürger*innen weiterhin möglich sein, Behördengänge persönlich zu erledigen. Die Digitale Behörde in Dänemark soll hier als Referenzbeispiel dienen. Entsprechende Weiterbildungsprogramme sind vom Land Hessen zu planen und zu finanzieren. Dabei soll explizit auch auf Datensicherheit belehrt, gelehrt und hingewiesen werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	IR 5
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Landesparteitag
Betr.:	Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Netzneutralität soll ohne derzeit, durch EU-Recht mögliche, bestehende Ausnahmen und nach Vorbild der BEREC-Leitlinien gesetzlich verankert werden. Hierzu ist die EU-Verordnung 2015/2120 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet anzupassen.
Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden dazu aufgefordert, hierzu einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und in den Bundestag bzw. das Europäische Parlament einzubringen. Ziel muss sein, neben einer Verankerung im EU-Recht, die Netzneutralität auch im deutschen Telekommunikationsgesetz zu verankern.

Begründung:
Die Idee der Netzneutralität ist, dass ein maximal nützliches, öffentliches Informationsnetzwerk danach strebt, alle Inhalte, Seiten und Plattformen gleich zu behandeln. So kann das Netzwerk jede Form von Information transportieren und jede Art von Anwendung unterstützen.[1]

"Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." (Grundgesetz, Art. 3 (1))
Was im Bezug auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als selbstverständlich erscheint, gilt genauso auch im Internet:
Alle Datenpakete müssen bei der Übertragung grundsätzlich gleich und diskriminierungsfrei übertragen werden. Bei diesem Grundsatz spielt es keine Rolle, ob es sich um eine Privatperson oder ein Unternehmen handelt.

Dieser Grundsatz gerät jedoch zunehmend in Gefahr: So wurde im vergangenen Jahr die Netzneutralität in den USA gekippt und damit einer Ungleichbehandlung von Nutzerinnen Tür und Tor geöffnet.

In der Europäischen Union existiert eine rechtliche Grundlage der Neutralität auf EU-Ebene bereits (Verordnung (EU) 2015/2120 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet), es ist aber berechtigterweise davon auszugehen, dass nach dem Fall der Netzneutralität in den USA Versuche stattfinden werden, diese auch im EU-Raum aufzuweichen. Vodafone und Telekom höhlen bereits heute mit Diensten wie StreamOn oder Vodafone Pass die EU-Verordnung aus.

Das ist möglich, da die Ausnahmen schwammig formuliert sind, primär hinsichtlich drei Aspekten: Zero-Rating, Verkehrsmanagement und Spezialdienste.

[1] Vgl. Definition von Tim Wu (http://www.timwu.org/network_neutrality .html - 10.04.2018)

Zero-Rating bedeutet, dass auch, wenn das gekaufte Datenvolumen aufgebraucht ist, bestimmte Dienste weiterhin mit der gleichen Bandbreite angeboten werden können, siehe die oben angesprochenen Angebote von Telekom oder Vodafone.

Beim Verkehrsmanagement geht es darum, dass bestimmte Dienste höher oder niedriger priorisiert werden, wenn viel „Traffic" anfällt. Das bedeutet, dass ein Fußballspiel im Internet priorisiert übertragen werden kann, während gleichzeitig wichtige E-Mails um wenige Sekunden verzögert verschickt werden.

Und schlussendlich zielen die Spezialdienste darauf, dass ein bestimmter Dienst bevorzugt behandelt wird. Wenn man diesen Spezialdienst bucht, bekommt man garantiert, dass der Dienst überhaupt nutzbar ist. Als Beispiel hierfür kann Voice over LTE genannt werden.

Neben Privatpersonen können aber auch Unternehmen gezielt in der Bereitstellung ihrer Angebote beeinträchtigt werden.

Laut Ben Scott, Vorstandsmitglied des Thinktanks "Stiftung Neue Verantwortung", ergeben sich für Unternehmen (und in Folge auch für Nutzerinnen) drei Probleme durch die Abschaffung der Netzneutralität[2]:

1) Telekommunikationsunternehmen können eigene Angebote, etwa im Bereich der Unterhaltungsmedien, bevorzugen und gleichzeitig Angebote anderer Anbieter benachteiligen, beschränken oder ganz blockieren.
2) Große etablierte Unternehmen profitieren von Kooperationen mit Telekommunikationsunternehmen, neue Unternehmen werden durch diese Marktzutrittsschranken benachteiligt.
3) Die bestehenden Telekommunikationsunternehmen können ihre Marktmacht ausbauen, so dass jegliches Unternehmen mehr oder minder gezwungen wird zu kooperieren, um weiterhin auf dem Markt bestehen zu können.

Kurz gesagt: Eine Abschaffung der Netzneutralität ermöglicht es Telekommunikations-unternehmen aufgrund finanzieller Überlegungen zu entscheiden, auf welches Angebot von wem, wie zugegriffen werden kann. Dies ist nicht nur ein massiver Eingriff in das Funktionieren des Wettbewerbs (als Beispiel sei die Kapitalkraft milliardengroßer Unternehmen und neuen Start-Ups genannt), sondern etwa auch im Hinblick auf die Meinungsfreiheit entschieden abzulehnen.

Das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) hat im August 2016 bereits finale Leitlinien zur Lesart der EU-Verordnung veröffentlicht[3], die im Gegensatz zur EU-Verordnung an einigen Stellen auf das Prinzip der Netzneutralität verweisen. Mit diesen Leitlinien sind die o.g. Schlupflöcher angegangen und häufig zugunsten der Nutzer*innen präzisiert worden.[4]

Es wird also ersichtlich, dass die Europäische Union bereits überwiegend starke Regeln zur Netzneutralität hat. Dennoch ist die Initiative zu unterstützen, die entsprechende EU-Verordnung so anzupassen, dass nicht erst über eine Leitlinie der BEREC das Prinzip geschützt wird, welches das Internet überhaupt erst so groß und wichtig werden ließ, wie es heute ist.

☐ angenommen

---

[2] Quellennachweis : https://www.taz .de/!5467649 - 15.3.2018

[3] Quellennachweis: In englischer Sprache: http://www.berec.europa .eu/eng/netneutrality/ - 10.04.20

[4] vgl. https://netzpolitik .org/2016/europa-sichert-die-netzneutralitaet-das-bedeuten-die-regeln im-alltag/ - 10.04.2018

☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	B1 Neufassung
Antragsteller:	Unterbezirk Schwalm-Eder, Marburg-Biedenkopf
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
Betr.:	Multimedia-Kompetenz von Lehrkräften stärken

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische Kultusministerium Fortbildungen zum Bereich Multimedia-Kompetenzen für alle Lehrkräfte ermöglicht. Damit soll erreicht werden, dass folgende Themen, Fächer und Stufen unabhängig von jedem Lehrer*in in den Unterricht eingebunden und den Schüler*innen vermittelt werden können.

- Grundlagen: Rechnerarchitektur, Verfassen digitaler Texte, Nutzen von Online-Enzyklopädien, Nutzen von Suchmaschinen, Einführung in soziale Netzwerke, Umgang mit Apps, Jugendschutz, Digital-Payment.
- Umgang mit neuen Medien: Umgang mit Social Media Netzwerken mit Hinweis auf Gefahren, Cyber-Mobbing, Influencer, aktuelle Apps/ Trends, Product-Placement, Suchtgefahr durch digitale Medien, Fake News, Sexualität und Schönheitsidealen im Internet.
- Weitergehende informatische Kenntnisse: Big Data, Micro-Targeting, Logik von Programmiersprachen, neue Entwicklungen im digitalen Bereich

Die Lehrinhalte im Bereich der Multimedia-Kompetenzen sollen altersgerecht und dem allgemeinen Lernstand der Schüler*innen angepasst werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	B 2
Antragsteller:	Unterbezirk Schwalm-Eder
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
Betr.:	Finanzbildung für alle

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass die hessische Landesregierung eine Strategie für Bildung im Bereich Finanzen für die Bürger*innen des Landes Hessen entwickelt, die sowohl die schulische, als auch die außerschulische Bildung umfasst.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	S1 und S2 Zusammenfassung
Antragsteller:	Unterbezirke Schwalm-Eder und Marburg-Biedenkopf
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Gesetzliche Krankenversicherungen für Beamtinnen und Beamte attraktiv gestalten

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich für eine pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte auf allen staatlichen Ebenen ein, damit diese sich wahlweise auch gesetzlich versichern können. Als beispielhaft gilt die Initiative der Hamburger Landesregierung. Diese sieht vor, dass ab August 2018 voraussichtlich eine pauschale Beihilfe für jene Beamtinnen und Beamte eröffnet wird, welche sich gesetzlich krankenversichern lassen möchten. Wodurch der Zwang zur privaten Krankenversicherung (PKV) abgeschafft wird und die Weichen in Richtung einer Bürgerversicherung gestellt werden.

Begründung:
Beamtinnen und Beamten soll die Möglichkeit eröffnet werden, eine pauschale Beihilfe zu bekommen, wenn sie sich auf eigenen Wunsch gesetzlich krankenversichern. Beamtinnen und Beamte, die aus familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht privat krankenversichert sind, müssen sich freiwillig gesetzlich versichern lassen. Für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte entziehen sich die Landesregierungen sowie die Bundesregierung ihrer sozialen Verantwortung, den Arbeitgeberanteil bzw. -zuschuss zur GKV zu entrichten.
Wenn jemand aus gesundheitlichen Gründen als ,,wirtschaftliches Risiko" für die private Krankenversicherung eingestuft wurde und sein Antrag auf Aufnahme in die GKV abgelehnt wurde („nicht versicherungsfähig"), besteht weiterhin die Möglichkeit mit dem Wechsel vom Status des Beamten auf Widerruf (Anwärter) zum Beamten auf Probe (Abschluss der Laufbahnausbildung) mit einem Beitragszuschlag von bis zu 30 % bei der PKV aufgenommen zu werden,

Beispiel:
Ein 27-jähriger Anwärter mit einem Bruttoarbeitslohn von ca. 1.100 €, der ledig ist und keine Kinder hat, zahlt monatlich für die freiwillige gesetzliche Krankenversicherung einen Monatsbeitrag ohne Zusatzleistung in Höhe von 215 € inklusive Pflegeversicherung.
In der PKV würde er einen Monatsbeitrag von 55-80 € zahlen, abhängig von den gebuchten Zusatzleistungen.
Bei der PKV profitieren Beamtinnen und Beamte also von vergünstigten Monatsbeiträgen und genießen gleichzeitig deren versorgungstechnischen Vorteile.
Führt man sich den Kostenbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung vor Augen, wird man mehrfach bestraft. Neben den hohen Beiträgen wird lediglich das medizinisch Notwendige abgedeckt und im Regelfall wird man bei ärztlichen Maßnahmen zusätzlich mit einem Eigenanteil belastet, im schlimmsten Fall bleibt man sogar auf den Kosten sitzen.

Natürlich haben auch die gesetzlich versicherten Beamtinnen und Beamte einen Anspruch auf Beihilfe. Dies gilt allerdings nur in der Theorie, denn durch eine einfache Rechnung sinkt der Anspruch auf null. Die Beihilfe sieht vor, dass geleistete Behandlungen und weitere medizinische Versorgungen im Nachhinein erstattet werden. Da die GKV alle Leistungen sofort bezahlt und als Sachleistung ausgibt, hat die Beihilfe rechnerisch nichts, was es zu erstatten gäbe. Dadurch fällt die Beihilfe in der GKV für Beamtinnen und Beamte weg.

In Hessen gibt es anstelle des Arbeitgeberzuschusses Sachleistungsbeihilfe in Höhe von 50 % der gesamten Monatsbeiträge in den letzten 12 Monaten ab Antragstellung. Bemessungsgrundlage sind die tatsächlich entstandenen Kosten der Krankenkasse. Wenn der Beamte/die Beamtin das ganze Jahr über gesund war und keine Arztbesuche oder Ähnliches in Anspruch nehmen musste, wodurch der Krankenkasse keine Kosten entstanden sind, erhält der Beamte/die Beamtin keine Sachleistungsbeihilfe für die Monatsbeiträge.

Würden dagegen Krankheitskosten entstehen, beispielsweise durch operative Maßnahmen, sind die Kosten zu berücksichtigen, welche die Krankenkasse übernommen hat. Sind jene Kosten höher als die Monatsbeiträge der letzten 12 Monate, erhält der Beamte/die Beamtin 50 % der entrichteten Beiträge zurück. Sind die Kosten geringer als die Beiträge, erhält er/sie lediglich 50 % der verursachten Kosten zurück. Folglich werden Beamtinnen und Beamte belohnt, wenn sie tatsächlich krank sind.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	U 1
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Pflanzliche Ernährung unterstützen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Viele Bürger*innen konsumieren weniger Fleisch, essen fast vegetarisch (flexitarisch), vegetarisch (kein Fleisch+Fisch) oder vegan (rein pflanzlich). Auch sie dürfen von der SPD eine gute Ernährungspolitik erwarten!

Die SPD bezeichnet das gegenwärtige Produktions- und Konsumniveau tierischer Produkte unter Klimagesichtspunkten als zu hoch (Antwort SPD auf VEBU-Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017). Diese Einschätzung deckt sich mit dem Klimaschutzgutachten der Bundesregierung. In diesem wird für das Referenzjahr 2006 bei einer Ernährung gemäß den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eine Einsparung an CO2-Äquivalenten von 9%, bei vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung sogar von 38% angegeben! Nach der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, welche sich ausschließlich auf Gesundheitsaspekte bezieht, sollten es nicht mehr als 300-600g Fleisch in der Woche sein. Zudem ist ein geringerer Konsum von Tieren der stärkste Schutz dieser.

Weil die SPD für alle Menschen da sein will und diese Ernährungsumstellungen gesellschaftlichen Nutzen stiften, werden sie von der SPD unterstützt. Aus diesen Gründen war es richtig, aber nicht ausreichend, die gesetzlich verbindliche Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Angeboten in das Regierungsprogramm 2017 aufzunehmen.

Wir wollen daher:

Rein pflanzliche Angebote in öffentlichen Kantinen schaffen
Seit März 2017 sind in Portugal alle öffentlichen Kantinen gesetzlich dazu verpflichtet, auch vegane Speisen anzubieten. Diese von immer mehr Verbrauchern gewünschte Menü-Option erlaubt es Anhängern einer Vielzahl von unterschiedlichen Ernährungsweisen, das Kantinenangebot öffentlicher Einrichtungen wahrzunehmen. Gleichzeitig können durch die verbesserte Verfügbarkeit Anreize geschaffen werden, sich gelegentlich oder regelmäßig für pflanzliche Menüs zu entscheiden, was unter anderem auch aus gesundheitlichen Gründen angezeigt ist.

Die Schulverpflegung qualitativ verbessern
Unsere Schulkantinen sollen die DGE-Empfehlungen nicht nur kennen, sondern sie auch einhalten. Zudem sollen jeden Tag rein pflanzliche Angebote geschaffen werden, wie es bei den Studierendenwerken schon lange der Fall ist.

Wissen mehren – Forschung ausbauen
Das Wissen um die Vorteile und Risiken einer pflanzlichen Ernährung wächst stetig und erst vor kurzem musste die Deutsche Gesellschaft für Ernährung ihre Einschätzung der veganen

Ernährung deutlich korrigieren. Allerdings gibt es weiterhin erheblichen Forschungsbedarf. Aufgrund des hohen gesellschaftlichen Nutzens für Umwelt-, Klima- und Tiere wollen wir diese Aufgabe wahrnehmen.

Nachhaltige Parteiveranstaltungen
Bei unseren Veranstaltungen wollen wir möglichst wenig Papier verbrauchen, die Genossinnen und Genossen auffordern, umweltfreundlich anzureisen sowie bei Veranstaltungen mit Verpflegung vegetarische und vegane Essensangebote sicherstellen.

Begründung:

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	U 2
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landeparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Nein zum staatlichen Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels wurde vom Landwirtschaftsminister Christian Schmidt verstolpert. Es begann damit, dass der Minister auf der Grünen Woche 2017 statt eines ausformulierten Konzeptes lediglich das Logo für das neue Label vorstellte. Wir Sozialdemokrat*innen haben diese merkwürdige Präsentation zu Recht kritisiert. Unsere Kritik am Tierwohllabel sollte aber wesentlich grundsätzlicher sein. Nicht nur setzt dieses auf der fragwürdigen privatwirtschaftlichen „Initiative Tierwohl“ auf, auch hat sich selbst der eher konservative Tierschutzbund von dem Label distanziert. Wir Sozialdemokrat*innen müssen nun aufpassen. So problematisierte etwa die Verbraucher*innenschutzorganisation Foodwatch: „Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet für das freiwillige Tierwohl-Label einen Marktanteil von vielleicht 20 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die Bundesregierung duldet für 80 Prozent der Nutztiere weiterhin vermeidbare Krankheiten, Schmerzen und Leiden! Ein freiwilliges Label ist der grundfalsche Ansatz, weil es für Millionen von Tieren keinerlei Verbesserungen bringen wird und uns weiter weg bringt von der dringend gebotenen Lösung für 100 Prozent der Nutztiere.“
Hüten müssen wir uns auch vor sogenannten Rebound-Effekten. Wenn viele Konsument*innen glauben, die minimalen Verbesserungen machen den Tierkonsum unproblematischer und öfter zu Tierprodukten greifen, kann sich die Gesamtleidenssumme unterm Strich sogar vergrößern. Ein viel plausiblerer Tierschutz- und auch Klimaschutzansatz wäre hingegen auf eine verringerte Tierproduktion und einen verringerten Tierkonsum zu setzen. Dafür müsste die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union entsprechend umgestellt werden. Außerdem müsste der ermäßigte Mehrwertsteuersatz des nicht meritokratischen Gutes Fleisch fallen. Durch eine sozialpolitische Flankierung könnte dies für viele Menschen kostenneutral geschehen. Die Abschaffung dieses Steuerprivilegs würde dafür sorgen, dass der Fleischkonsum um ca. 5 Prozent sinkt, umgerechnet in Schweineäquivalenten wären das ca. drei Millionen Tiere.

Wir fordern deshalb:

- Kein Cent für und keine Bewerbung eines Tierwohllabels
- Die Umstellung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit
- Die Steuerprivilegierung von Fleisch endlich abzuschaffen

Begründung:
Erfolgt mündlich!

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	U 3
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landeparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Lebensmittelverschwendung ernsthaft bekämpfen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir meinen es mit der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung ernst. Daher muss die im Wahlprogramm 2017 angedachte nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung vor allem auch den Ressourcenverbrauch von Lebensmitteln berücksichtigen. Denn wenn wir auf einer Fläche 1kg Fleisch oder 160kg Kartoffeln produzieren können, hat die Verschwendung von 1kg Fleisch ein deutlich größeres Gewicht. Wir sollten folglich auch dazu kommen, ein effizienteres Ernährungssystem zu wählen.

Wir betrachten folglich den hohen Tierkonsum als Lebensmittelverschwendung.

Begründung:
Erfolgt mündlich**!**

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	U 4
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Keine (Wild)-tiere im Zirkus

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen in Deutschland. Solange dies noch nicht erreicht ist, sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von Wildtierzirkussen zuzulassen. Längerfristig muss es unser Ziel sein, nicht nur Wildtiere, sondern alle Tiere aus Zirkussen zu befreien.

Begründung:
Der Zirkus Krone ist nun 111 Jahre und feiert sein Jubiläum. Stolz ist dieser Zirkus vor allem auf die fragwürdigen Darbietungen mit Wildtieren, bei denen zum Beispiel ein Elefant einen Kopfstand macht. Doch Tradition rechtfertigt keine Tierquälerei. Der Bundesrat hat im März 2016 bereits zum dritten Mal bestätigt, dass Wildtiere (insbesondere Elefanten, Großbären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen) in einem Zirkus nicht tierschutzgerecht gehalten werden können (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert dargelegt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkusbetrieben leiden. So z.B. durch die extrem beengte Unterbringung in Transportwagen und provisorischen Gehegen, zum anderen durch die fehlenden Rückzugs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem geht von den genannten Tieren sowie auch von Raubkatzen (z.B. Löwen oder Tigern) ein hohes Gefahrenpotenzial aus. Immer wieder brechen Zirkustiere aus und sorgen für Polizeieinsätze, im schlimmsten Fall werden sie zur Gefahr für die Bevölkerung. So z.B. im Juni 2015 als in der Stadt Buchen (Baden-Württemberg) ein Elefant einen Passanten zu Tode gedrückt hat.
21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus Tierschutzgründen bereits das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder eingeschränkt. Auch zwei Drittel der Deutschen lehnen Wildtiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in Zirkussen ab, wie eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von „Frontal 21“ (03.03.2015) ergab. Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B. Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig, Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm haben bereits vollständige oder teilweise kommunale Verbote für Wildtierzirkusse beschlossen und vermieten öffentliche Plätze nicht länger an Wildtierzirkusse. Mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigen die Rechtmäßigkeit kommunaler Wildtierverbote sowie deren Verhältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit von Zirkussen. Denn jede Kommune hat in Deutschland ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein weiter Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl. VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449, VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16)

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	U 5
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Land
Adressat:	SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bezirksparteitag, S&D-Fraktion im EU-Parlament
Betr.:	Saatgut ist Kulturgut – ein überlebensnotwendiges Erbe in Gefahr

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zulassungsvoraussetzungen für Amateursorten vereinfacht werden. Insbesondere bei alten Sorten von Gemüse muss hier einerseits eine preisgünstige Alternative, andererseits überhaupt die Zulassung derer wieder ermöglicht werden. Zusätzlich setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, dass jene Rahmenbedingungen geschaffen werden, die notwendig sind, um die Erhaltung und Nutzung der Arten- und Sortenvielfalt zu gewährleisten.

Begründung:
Seit tausenden von Jahren haben Bauern und Gärtner alljährlich einen sorgfältig ausgesuchten Teil ihrer Ernte aufbewahrt und bei den nächsten Aussaaten weiter genutzt. Durch diese Tradition entstand in einem stetigen Anpassungsprozess an nicht zuletzt im Klimawandel veränderliche Standorte und Bedürfnisse ein riesiger Kulturschatz an vitalen und robusten Sorten unserer Kulturpflanzen. Diese genetische Vielfalt ist unser aller kulturelles Erbe.
Allerdings sind in den letzten Jahrzehnten bis zu 90 Prozent dieser bewährten samenfesten Sorten mit ihrer breiten genetischen Ausstattung aus unseren Gärten und von unseren Äckern verschwunden. Das Aufgeben von Nutzgärten und der Tradition der eigenen Saatgutnutzung haben hierzu ebenso beigetragen, wie die Verwendung neuer, einheitlicher Hochleistungssorten. Darunter sind solche, die an maschinelle Ernteverfahren oder bestimmte Pestizide angepasst sind und auch Hybridpflanzen, die nur im ersten Anbaujahr Höchsterträge bringen und von denen daher kein Saatgut genommen wird. Die Streichung aus den amtlichen Listen für zugelassene Handelssorten führten bei vielen Kulturarten nahezu unbemerkt zur fast vollständigen Verdrängung der samenechten Sorten.
Weltweit, auch in Deutschland, schreitet die Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt fort. Vielfach regional arbeitende, kleine bis mittelständische Zuchtunternehmen der alten Bundesländer konnten nicht überleben. Den größten Verlust an Sorten und Wissen in der deutschen Geschichte aber verzeichnen wir durch die Abwicklung der Saatzuchtwirtschaft an den verschiedensten Standorten der ehemaligen DDR. Alle Errungenschaften einer eigenen Sortenentwicklung wurden damit abrupt gestoppt.
Das Problem der Hochleistungssorten im bereits zentralisierten Einzelhandel stellt eine Verringerung der Auswahl dar. Gerade kleine Hofläden, Landwirte oder im eigenen Gemüsegarten: Die Produktvielfalt kann groß sein. Es darf nicht sein, dass die Regierung vorschreibt, welches Produkt gekauft werden darf, sondern vielmehr sollte der potenzielle Käufer entscheiden können, welche Produkte er erwerben möchte (freie Marktwirtschaft!). Runde Kartoffeln sind zwar einfach zu schälen, aber wenn die leicht knollige Sorte, dem Käufer besser mundet, sollte ihm dies nicht verwehrt werden.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	U 6
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
Betr.:	Mikroplastik

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Viele Gewässeruntersuchungen zeigen bereits, dass sich in unseren Gewässern und im Grundwasser sekundäres[1] und primäres[2] Mikroplastik befindet.
Mikroplastik ist eine unsichtbare und schleichende Gefahr für Tier und Mensch. Häufig gelangt es über das Abwasser in den Kreislauf, aber auch der Reifenabrieb von Fahrzeugen führt dazu, dass Mikroplastik in die Natur gerät. Tiere und Pflanzen nehmen Mikroplastik über das Wasser auf, jene wiederum werden von uns als Lebensmittel konsumiert und stellen auch eine gesundheitliche Gefahr für uns dar.
Bislang sehen die Produzent*innen in der Wirtschaft keinen dringenden Handlungsbedarf, sondern ignorieren das Problem. Ob Duschgel oder PET-Flasche, viele Konsument*innen werden täglich damit konfrontiert und nur die wenigsten kennen die Gefahren jener Substanzen, die sie unbemerkt zu sich nehmen.

Deshalb fordern wir:
- Ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten
- Die Einführung einer weiteren Klärstufe in Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen, um Mikroplastik im Trinkwasser zu reduzieren. Die dafür notwendigen Mittel sind vom Bund und der EU zu tragen, um eine Belastung der kommunalen Haushalte und der Gebührenträger*innen zu vermeiden.
- Eine Aufklärungskampagne über die Verbreitung und die Risiken von Mikroplastik, um die Öffentlichkeit stärker dafür zu sensibilisieren
- Die Untersuchungskriterien bei Gewässeruntersuchungen auf Mikroplastik auszuweiten
- Die Einrichtung einer Stelle innerhalb der EU-Kommission, die europaweit eine einheitliche gesetzliche Regelung schafft und einen Gesetzesentwurf für eine Plastiksteuer erarbeitet. Die Plastiksteuer darf nicht zu Lasten der Konsument*innen, sondern muss zu Lasten der Hersteller*innen eingeführt werden

Außerdem fordern wir die SPD auf, auf ihren parteieigenen Veranstaltungen auf Getränke aus Plastikflaschen sowie Plastik-Einweggeschirr zu verzichten.

Begründung:
Erfolgt mündlich!

[1] Unter sekundärem Mikroplastik versteht man Plastik, welches ursprünglich eine andere Form hatte. Der Abrieb von Autoreifen beispielsweise oder PET-Flaschen und Plastiktüten, die durch Wasser und UV-Strahlung aufreiben und so als Mikroplastik in unsere Gewässer gelangen.
[2] Unter primärem Mikroplastik versteht man winzige Kunststoffteilchen, die zum Beispiel Kosmetikprodukten beigefügt werden.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	O 2
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Lied "Wir schreiten Seit an Seit" von Hermann Claudius wird bei keiner unserer Veranstaltungen mehr gesungen. Es wird nach einer Alternative gesucht.

Begründung:
Hermann Claudius war unter anderem als freier Schriftsteller tätig und erlangte hierüber Bekanntschaft. Seine frühen Werke sind der Arbeiter*innendichtung zuzurechnen. Während des Ersten Weltkriegs schrieb er kriegsbegeisterte, nationalistische Gedichte. In der Weimarer Republik engagierte er sich zunächst in der Jugendarbeit der SPD und in den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, schrieb sozialdemokratische Lieder und Stücke. Seine politische Haltung wandelte sich im weiteren Verlauf jedoch grundlegend zum Nationalismus. Claudius veröffentlichte im völkischen Verlag Albert Langen-Georg Müller. Er wurde Mitglied in der nationalsozialistisch ausgerichteten, von Börries Freiherr von Münchhausen seit Beginn der 1930er Jahre betriebenen und gegen die Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste gegründeten Deutschen Dichterakademie.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialist*innen und ihrer deutschnationalen Bündnispartner* innen wurden die liberalen, linken und jüdischen Mitglieder der Sektion Dichtkunst in der Preußischen Akademie der Künste, wie z.B. Heinrich und Thomas Mann, Käthe Kollwitz, Leonhard Frank oder Ricarda Huch, zum Austritt gezwungen. Zu den Neumitgliedern, die an ihre Stelle traten, gehörte unter anderem Hermann Claudius.

Er war einer der 88 deutschen Schriftsteller*innen, die 1933 das Gelöbnis treuester Gefolgschaft für Adolf Hitler unterzeichneten. Hermann Claudius war Vorstandsmitglied des 1936 gegründeten Eutiner Dichterkreises, einer der bekanntesten Autorengruppen im nationalsozialistischen Deutschland. Er nahm 1934 außerdem an den "Lippoldsberger Dichtertagen" konservativer, völkischer und nationalsozialistischer Autor*innen Teil. Seine Veröffentlichungen im Nationalsozialismus bewegten sich zwischen pathetischer Frömmigkeit und klarer literarischer Unterstützung des NS-Regimes, so zum Beispiel in einem Gebet für Adolf Hitler, welches 1940 unter dem Titel Deutschland: „Herrgott steh dem Führer bei,/Daß sein Werk das deine sei“ erschien. Seine Texte erschienen aufgrund ihres propagandistischen Werts in der Krakauer Zeitung, dem führenden NS-Organ, hier war Claudius mit mehr als 50 Texten vertreten.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus beteiligte sich Claudius erneut an den von Hans Grimm 1949 wiederbegründeten Lippoldsberger Schriftsteller*innentreffen. Mit dabei waren vor allem NS-belastete Autor*innen wie Wilhelm Pleyer oder Will Vesper, „die den Nationalsozialismus im Rückblick rechtfertigen“ wollten.

Hermann Claudius wird von der seriösen Literaturkritik und Literaturwissenschaft, außer im Kontext von „Literatur im Nationalsozialismus“, nicht weiter rezipiert. Alte und neue Texte

fanden kaum mehr Verleger, positiv gewürdigt wurde er nach 1945 jedoch weiterhin regelmäßig von rechtsradikalen Medien und Autor*innen, im rechtsextremistischen Milieu findet er noch heute Beachtung.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	O 3
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, Juso-Landeskonferenz
Betr.:	Diskussionsforen auf SPD-Landesebene

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Der SPD-Landesverband Hessen wird aufgefordert, die Möglichkeit zu prüfen, im Internet moderierte Diskussionsforen auf Landesebene einzuführen, um engagierten Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, sich auszutauschen und themenbezogenen arbeiten zu können.

Begründung:

Unser gesamtes politisches Engagement findet in unserer Freizeit statt. Während wir Vollzeit in einem Betrieb arbeiten, zur Schule gehen, studieren oder eine Ausbildung machen, leisten wir unsere politische Arbeit so zu sagen „nebenbei“. Dabei ist es ganz natürlich und wünschenswert, dass viele politisch aktive Menschen eigene Interessengebiete „von außen“ mit in die Parteipolitik bringen oder in der Partei neue Interessen entdecken. Mit Freude können wir beobachten, wie sich im Laufe der Zeit ganze SpezialistInnengruppen herausgebildet haben, die mit ihrem Fachwissen unsere Diskussionen und formellen Anträge qualitativ aufwerten. Dieser Vorgang ist universell beobachtbar und findet nicht nur auf Bezirks- oder Landesebene statt. Auch in ländlichen Ortsvereinen in ganz Hessen warten inhaltsstarke Genossinnen und Genossen auf die Möglichkeit zur Beteiligung an themenbezogenen Diskussionen.
Diese Möglichkeit muss wieder geschaffen werden. Schon in vergangenen Wahlkämpfen richtete die SPD auf unterschiedlichen Ebenen Diskussionsforen ein, um wichtige Impulse für die inhaltliche Arbeit mitnehmen zu können. Nun, wo wir einmal mehr über die strukturelle und inhaltliche Erneuerung unserer Partei diskutieren, werden solche Diskussionsforen im Internet unerlässlich. Die 200 Kilometer bis zum nächsten Landesparteitag darf für keine Genossin und keinen Genossen ein Hindernis sein, die Partei mit Fachwissen zu unterstützen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Resolution:	I1
Antragsteller:	Bezirksvorstand, ausreichende Anzahl von Delegierten
Adressat:	Juso-Bezirkskonferenz
Betr.:	Resolution: Solidarität mit der feministischen Revolution – Von Rojava lernen!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Als sozialistischer, feministische und internationalistischer Richtungsverband sehen wir uns mit den progressiven Kräften in Syrien verbunden, die für eine freie und gerechte Gesellschaft einstehen.

Ausgehend von den mehrheitlich dem Selbstverständnis nach kurdisch besiedelten Gebieten in Nordsyrien entstand in der Region ein demokratisches Projekt. lm Angesicht der Barbarei des sogenannten ,,lslamischen Staates" formierte sich hier der bewaffnete Widerstand. In Nordsyrien leben Menschen mit unterschiedlichem religiösem und kulturellem Selbstverständnis, Im gemeinsamen Kampf gegen die islamistische Unterdrückung fanden diese Menschen unter dem Dach der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) zusammen. Besondere Bekanntheit haben im Anti-lS-Kampf die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ erhalten. lm Schatten der medialen Aufmerksamkeit steht jedoch das demokratische Projekt, welches sich abseits des Medienrummels gebildet hat: ln Rojava gibt es eine feministische Revolution!

Das demokratische Projekt entsteht in einer Region, in der Demokratie und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit mehr sind. Viele Menschen litten Monate oder Jahre lang unter dem sogenannten ,,lslamischen Staat". Viele Menschen wurden unterdrückt, verfolgt, versklavt und ermordet. In Rakka entstand die Hauptstadt des islamistischen Kalifats, unter dem Minderheiten, Homosexuelle und Frauen in besonderer Brutalität leiden mussten. Widerstand formierte sich vor allem in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten an der türkischen Grenze. Die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ nahmen den Kampf gegen den selbsternannten ,,lslamischen Staat" auf. Medial gefeiert wurde die Befreiung der Stadt Kobani. Die Bilder der mutigen Frauen der YPJ gingen um die Welt. Inzwischen konnte auch die ehemalige Hauptstadt des islamistischen Terrors Rakka durch die Syrischen Demokratischen Kräfte befreit werden. Frauen können auch dort inzwischen wieder unverschleiert auf die Straße gehen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Der sogenannte ,,lslamische Staat" ist militärisch bis zur irakischen Grenze zurückgedrängt.

lm Kampf gegen die islamistische Unterdrückung nahmen viele Frauen ihre Befreiung selbst in die Hand und kämpfen in den Frauenbefreiungseinheiten (YPJ). Nach der Befreiung der Jezid*innen im Sindschar Gebirge schlossen sich auch viele von ihnen dem Widerstandskampf an und bilden inzwischen auch eigene Einheiten. Die Frauen* und Minderheiten werden jedoch nicht nur durch den international geächteten ,,lslamischen Staat" bedroht, Während im Nachbarland Türkei der Rechtsstaat immer weiter eingeschränkt und Oppositionelle, kritische Wissenschaftler*innen und Journalist*innen von staatlicher Repression betroffen sind, nehmen auch dessen Angriffe auf das befreite Rojava zu. Der türkische Präsident Erdogan will die

selbstverwaltete Region an der Grenze zur Türkei nicht dulden. lm Januar begann das türkische Militär mit deutschen Panzern auf die bisher vom Krieg weitgehend verschonte Region Afrin vorzurücken. Afrin bot bis dahin über 800.000 Menschen[1] Schutz, weit über die Hälfte davon Geflüchtete aus anderen Teilen Syriens, Der Angriff auf Afrin wird als völkerrechtswidrig eingestuft.

Der türkische Angriffskrieg bedroht nicht nur das Leben vieler Zivilist*innen und nahm ihnen deren sichere Obdach, er ist auch ein Angriff auf das demokratische Projekt. Im Schatten des syrischen Bürgerkriegs bleiben die gesellschaftlichen Fortschritte in der selbstverwalteten Region oft unterbelichtet. Dabei entsteht hier ein feministisches Fortschrittsprojekt, das international seines gleichen sucht. Als internationalistischer und feministischer Richtungsverband wollen wir unseren Blick für feministische Kämpfe an anderen Orten und dortige Errungenschaften schärfen!
Die feministische Revolution in Syrien entstand nicht aus dem Nichts. Seit über dreißig Jahren wehren und organisieren sich Frauen* im Widerstand gegen das Baath-Regime. Die Frauenbefreiung ist einer der zentralen Grundwerte der Revolution in Rojava:

I. Paritätische Besetzung von Ämtern

In Rojava werden öffentliche Ämter und der Vorsitz von Gremien immer paritätisch mit einem Mann und einer Frau* besetzt. Darüber hinaus gilt grundsätzlich eine Geschlechterquote von 40%. Diese politische Gleichstellung der Geschlechter soll die Einflussnahme von Frauen* in der Politik stärken und die Anerkennung von Frauen* in politischen Führungspositionen in der Bevölkerung verbessern.

II. Selbstorganisation von Frauen*

Frauen war es in Syrien lange untersagt sich politisch selbst zu organisieren. Auch viele Frauen trugen die Proteste zu Beginn des ,,Arabischen Frühlings" mit. Sie waren jedoch nicht ausreichend organisiert, um ihren Anliegen nachhaltig Gehör zu verschaffen. ln Rojava organisieren sich Frauen in unterschiedlichen Bereichen selbst. Die YPG hat weltweit den höchsten Anteil an Frauen* in ihren Einheiten. Diese sind in den Frauenbefreiungseinheiten (YPJ) autonom organisiert. Auch in den jezidischen Einheiten gibt es eigene Einheiten, die Frauen* vorbehalten sind.

III. Schutz von Frauen vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist ein weltweites Problem. Der sogenannte „lslamische Staat“ trieb die Frauen*verachtung durch Entmenschlichung, Demütigung und Versklavung von Frauen auf eine traurige Spitze. Doch auch vor dessen Ausbreitung war Gewalt gegenüber Frauen ein weit verbreitetes Problem über religiöse und kulturelle Grenzen hinweg. lnsbesondere patriarchale Familienstrukturen stellen Frauen* vor Probleme. In Rojava organisieren sich Frauen* zu ihrem eigenen Schutz und schaffen Rückzugsräume wie das ,,Frauendorf" Jinwar. „Jin" ist das kurdische Wort für Frau, ,,war" bedeutet Ort oder Heimat. Jinwar ist demnach ein ,,Ort für Frauen", an dem diese in Frieden und Sicherheit leben können. Er richtet sich vor allem an alleinlebende Frauen*, an weibliche Opfer von Gewalt und Hinterbliebene des Krieges. Die ldee das Dorf zu gründen entstand im Jahr 2016, erste Aufbauarbeiten begannen 2017.

IV. Feministische Wissenschaft

In Rojava entwickelt sich eine eigene wissenschaftliche Strömung, die Jineoloji. Diese kann als ,,Frauenwissenschaft" verstanden werden. In Abgrenzung zu feministischen Diskursen im europäischen und nordamerikanischen Kontext soll die Jineoloji einen starken lebensweltlichen

[1] https://www.medico.de/tuerkische-militaers-vor-afrin-17004/ aufgerufen am I4.04.2018.

Bezug haben. Auf Grundlage des gesammelten Wissens und der Widerstandserfahrung von Frauen über Jahrhunderte analysiert die Jineoloji patriarchale Strukturen in den unterschiedlichen Lebensbereichen.

V. Gesellschaftliche Gleichstellung

Die politische Gleichstellung von Frauen*, die Selbstorganisation auf allen Ebenen und die, akademische Begleitung sollen einen gesellschaftlichen Transformationsprozess anregen, um ein freies Leben abseits von patriarchaler Gewalt zu ermöglichen. Hier gelingt ein Schritt hin zur praktischen Gleichstellung der Geschlechter und zur Befreiung von Frauen*, der in der Region einzigartig ist.

Was bedeutet die feministische Revolution in Rojava für unseren Verband?

Wir wollen uns im kommenden Arbeitsjahr tiefgreifend mit der Revolution in Rojava auseinandersetzen, Der Bezirksvorstand soll hierzu in geeigneter Form ein Bildungs- und Diskussionsangebot beispielsweise in Form eines Thementages oder ähnlichem anbieten.

Begründung:

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	I2
Antragsteller:	ausreichende Anzahl an Delegierten
Adressat:	Juso Bundeskongress, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundesvorstand, SPD Bundestagsmangel
Betr.:	Fachkräftemangel? Arbeitsbedingungen verbessern!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD und die Jusos mögen sich auf der jeweiligen Ebene für folgende Punkte einsetzen:

- allgemein verbindliche Tarifverträge in der Pflege fördern
- die Förderung der Qualifikation hier lebender Flüchtlinge und Asylbewerber*innen, die Interesse an Pflegeberufen zeigen (im Sinne von Investitionen in Sprach- und Weiterbildung als vereinfachten Einstieg in den Pflegeberuf,)
- einheitliche EU-weite Ausbildungsstandards und -bedingungen zu erarbeiten
- Gewährleistung betriebsinterner psychosozialer Angebote (Supervisionen) zur psychisch-seelischen Entlastung der Pfleger*innen

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Überwiesene Anträge

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag:	S 3
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundkongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundeparteitag, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte – Situation der Pfleger*innen verbessern

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Einführung eines staatlich festgelegten Verteilungsschlüssels für die Pflegeberufe in Krankenhäusern. Dieser soll beinhalten, dass tagsüber (6 bis 22 Uhr) eine ausgebildete Pflegekraft für höchstens acht zu pflegende Personen zuständig ist.

Die daraus resultierende Folge ist, dass zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Wir fordern, dass diese von staatlich geprüften Fachpersonal besetzt werden.

Wir fordern**,** dass ab der neunten zu pflegenden Person eine zweite staatlich geprüfte Pflegekraft eingestellt wird.

Des Weiteren soll für den Nachtdienst (22 Uhr bis 6 Uhr) gesetzlich geregelt sein, dass eine staatlich geprüfte Pflegekraft für höchstens 15 Patienten zuständig ist. Der bisherige Schlüssel auf Intensivstationen muss erhalten bleiben.

Begründung:
Alexander Jorde hat es in der Wahlarena in direkter Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gezeigt. Die Arbeitsbedingungen wie auch die Bedingungen die zu pflegenden Personen ist unter der Würde der Menschen. Die Arbeitskräfte sind oftmals deutlich überfordert und bekommen für die von ihnen geleistete Arbeit nicht die zustehende Wertschätzung und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die zu pflegenden Personen. Wie er schon festgestellt hat, wird alltäglich die Würde der zu pflegenden Menschen verletzt. Zwar spricht Alexander Jorde von einer Höchstzahl von fünf zu pflegenden Personen bei einem/r PflegerIn nach skandinavischen Vorbild, allerdings sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der kleinen, aber dafür effektiven Schritte, der „Hau-Ruck-Politik“ vorziehen. Laut einer aktuellen Studie über staatliche Vorgaben zur Personalausstattung an Krankenhäusern "Nurse-to-Patient-Ratios" ist zu entnehmen, dass es in deutschen Kliniken gemessen an der Patientenzahl deutlich weniger Pflegepersonal als in anderen vergleichbaren Ländern gibt. In Deutschland gibt es doppelt so viele Patienten pro Krankenschwester wie in den Niederlanden. Während sich hierzulande im Schnitt eine Pflegekraft um 13 Patienten kümmert, beträgt das Verhältnis in der Schweiz und in Schweden etwa eins zu acht. In den Niederlanden ist es eins zu sieben. Und in den USA kommen auf eine Krankenschwester sogar nur 5,3 Patienten. Besonders heftig ist der Unterschied bei Nachtdiensten. Für eine Nacht hatte die Gewerkschaft Verdi per Stichprobe im Jahr 2015 ermittelt, dass 17.000 Pflegekräfte bundesweit etwa 324.000 Patienten zu versorgen hatten. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 19. Das Zahlenverhältnis zwischen Pflegern und Patienten sei nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Arbeitsbedingungen, betonten die Wissenschaftler. Sie beeinflusse auch die Qualität der Pflege und die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Perso-

nalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirke.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Überwiesen an den Bezirksvorstand